

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Cornelia Hirsch, Dr. Petra Sitte, Volker Schneider (Saarbrücken), Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und der Fraktion DIE LINKE.

Statistische Daten zur Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen

Die von der Hochschulrektorenkonferenz im November 2006 veröffentlichten statistischen Daten zur Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen im Wintersemester 2006/2007 und die vom Statistischen Bundesamt bekannt gegebenen Zahlen der Studienanfängerinnen und -anfänger geben Anlass zur Sorge. Zu nennen ist hier unter anderem der Rückgang bei den Zahlen der Studienanfängerinnen und Studienanfänger, die hohe Zahl von Zulassungsbeschränkungen in Bachelorstudiengängen, die fehlende Akkreditierung zahlreicher Studiengänge und die geschlechtsspezifische Ungleichheit bei der Wahl der neuen Studiengänge.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. a) Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, dass der Anteil der Studienanfängerinnen und Studienanfänger im Wintersemester 2006/2007 um 3,5 Prozent gesunken ist?
b) Welche politischen Entscheidungen sind aus Sicht der Bundesregierung als Ursache für diese Entwicklung zu sehen?
2. a) Wie viele Schülerinnen und Schüler haben auf allgemeinbildenden und beruflichen Schulen in den Schuljahren 2004/2005 und 2005/2006 die allgemeine Hochschulreife erlangt?
b) Falls die Absolventinnen- und Absolventenzahlen in diesen Schuljahren gestiegen sind, welche politischen Entscheidungen sind aus Sicht der Bundesregierung als Ursache für den geringen Übergang an die Hochschulen zu sehen?
c) Wie hoch war die Studierendenquote jeweils in den Jahren 2003, 2004, 2005 und 2006?
3. Wie bewertet die Bundesregierung, dass derzeit nur 33 Prozent der angebotenen Bachelor- und Masterstudiengänge akkreditiert sind?
4. Wie bewertet die Bundesregierung die Möglichkeit einer verbesserten Durchlässigkeit und Gleichwertigkeit zwischen Fachhochschulen und Universitäten, wenn bei 38 Prozent der Bachelorstudiengänge an Fachhochschulen, aber nur bei 3 Prozent der Bachelorstudiengänge an Universitäten eine Regelstudienzeit von 7 Semestern – statt ansonsten 6 Semestern – vorgesehen ist?

5. Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, dass fast zwei Drittel der Bachelorstudiengänge zulassungsbeschränkt sind, während Zulassungsbeschränkungen, wenn alle Studiengänge betrachtet werden, nur bei knapp der Hälfte vorliegen?
6. a) Wie hoch war die Zahl der Studienanfängerinnen und -anfänger in Bachelorstudiengängen im Wintersemester 2006/2007 in Prozent?
b) Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, dass dieser Zahl ein Bachelor- und Masterstudienangebot von 45,1 Prozent des gesamten Studienangebotes gegenüber steht?
7. a) Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, dass der Anteil der männlichen Studierenden in den Masterstudiengängen im Vergleich zu ihrem Anteil in den Bachelorstudiengängen höher ist (von 53,6 auf 60 Prozent), während er bei den weiblichen Studierenden geringer ist (von 46,6 auf 40 Prozent)?
b) Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, dass der Anteil der Frauen an den Studierenden der neuen Studiengänge generell niedriger liegt als der Anteil der Männer?
8. a) Was sind die politischen Vorschläge der Bundesregierung zur Weiterentwicklung des Bologna-Prozesses auf europäischer Ebene, die sie bei der Bologna-Konferenz in London im kommenden Jahr einbringen will?
b) Was sind die politischen Vorschläge der Bundesregierung zur weiteren Gestaltung der Umsetzung des Bologna-Prozesses in Deutschland?

Berlin, den 11. Dezember 2006

Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion